



Die RZ hat nachgefragt: Wie Betroffene im Raum Gmünd auf die Verschärfung der Corona-Richtlinien reagieren

Im Lokalteil

Wie geht es nun weiter?

Ab 2. November gilt wieder der Lockdown. Kultur-, Gastro- und Sportbetriebe sollen im November geschlossen bleiben. Für unmittelbar Betroffene ein Schlag ins Gesicht. Betroffen sind auch die Kultur und der Handel. Die RZ hat nachgefragt, was Betroffene sagen und wie es weitergeht. ▶ Seite 15

Linke-Landtagskandidaten

Die wahlberechtigten Mitglieder des Kreisverbands der Linken Ostalb nominierten Christian Zeeb (27, Kaufmann im Groß- und Außenhandel) aus Ruppertshofen zum Landtagskandidaten für die Landtagswahl 2021. Als Ersatzkandidatin wurde Marie Eigenbrod (28, Ergotherapeutin) aus Schwäbisch Gmünd nominiert. ▶ Seite 16

Schulen im Corona-Modus

Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat eine repräsentative Befragung zum Thema „Schulen im Corona-Modus“ durchgeführt, deren Ergebnisse wir heute in unserem überregionalen Teil präsentieren. Wir haben dazu die drei leitenden Schulleiter aus Gmünd befragt. ▶ Seite 17

Am Automaten einkaufen?

Lebensmittelautomaten von bäuerlichen Erzeugern erfreuen sich großer Beliebtheit. Das gilt gerade in Corona-Zeiten. In den vergangenen Monaten war das kontaktlose Einkaufen gefragter denn je. ▶ Seite 21

Segelflug als Rollstuhlfahrer

Ein Mann aus dem Raum Gmünd kann sich seit Jahren nur mit dem Rollstuhl fortbewegen. Seine Beine kann er nicht mehr aktiv bewegen und muss auch mit anderen Einschränkungen leben. Seinen großen Traum, einmal aus einem Segelflugzeug heraus einen anderen Blick auf unsere Welt zu werfen, hat die Fliegergruppe Lorch nun möglich gemacht! ▶ Seite 21

Sport

FCN siegt mit 1:0

Lange hat es gedauert, Ende Oktober ist es nun endlich passiert. Fußball-Verbandsligist 1. FC Normannia Gmünd hat das erste Mal in dieser Saison zweimal nacheinander gewonnen, sich am Mittwochabend gegen den VfL Pfullingen mit 1:0 (0:0) durchgesetzt. ▶ Seite 26

Aktuelle Corona-Zahlen

7-Tage-Inzidenz fast bei 100

OSTALBKREIS: 7-Tage-Inzidenz: 97
Neuinfektionen/100 000 Einwohner;
Aktive Fälle: 309; Situation an den drei Klinik-Standorten: 21 Corona-Patienten.

REMS-MURR-KREIS: 7-Tage-Inzidenz: 94; Aktive Fälle: 460; Situation in den Rems-Murr-Kliniken: 20 Corona-Patienten.

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
↓	↓	↓
11 560,51 Pkt. -503,06 Pkt.	2 963,54 Pkt. -107,06 Pkt.	1,1727 Dollar -1,05 Cent

Wetter

Mittags 13°
Nachts 9°
Bewölkt und windig, dazu fällt wechselnder Regen

Teil-Lockdown ab Montag

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder haben beschlossen, dass das öffentliche Leben in Deutschland aufgrund der Corona-Pandemie weitgehend heruntergefahren wird. Von kommenden Montag an müssen Restaurants, Theater, Fitnessstudios, Kinos, Konzerthäuser und Schwimmbäder befristet bis Ende November schließen. Außerdem werden private Kontakte stark eingeschränkt: So dürften nur noch Angehörige des eigenen Hausstandes und eines weiteren zusammen-

kommen – maximal zehn Personen, sagte Merkel. Touristische Reisen sind im November ebenfalls nicht erlaubt. Schulen, Kitas und Handel bleiben aber geöffnet.

Kanzlerin Merkel sagte, Deutschland müsse eine „akute nationale Gesundheitsnotlage“ vermeiden. Dafür sei eine „nationale Kraftanstrengung“ nötig. Andernfalls komme Deutschland „binnen Wochen an die Leistungsgrenze des Gesundheitssystems“.

▶ **Kommentar**
▶ **Seiten 2 und 3**



Bundeskanzlerin
Angela Merkel

Eltern: Digitalisierung der Schulen kommt nicht voran

Umfrage der baden-württembergischen Zeitungen: Große Mehrheit der Eltern hat den Eindruck, dass die Ausstattung der Schulen im Land mit Computern zuletzt nicht besser geworden ist.

VON RAINER PÖRTNER

STUTT GART. Der oft beschworene Digitalisierungsschub durch Corona hat die Schulen in Baden-Württemberg bisher nur begrenzt erreicht: Zwei Drittel der Eltern haben den Eindruck, dass sich die Ausstattung der Schulen mit Computern und anderen digitalen Medien in den letzten Monaten nicht verbessert hat. Das ist das Ergebnis des BaWüChecks, einer Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf das Bildungssystem durchgeführt wurde.

Die Krise hat den Eltern nach Einschätzung der Allensbacher Demoskopie auch bewusst gemacht, dass Lehrer im Allgemeinen für den digitalen Unterricht nicht ausreichend ausgebildet und geschult sind. Lediglich zehn Prozent der Bevölkerung halten die Ausbildung der Lehrer in diesem Bereich für ausreichend, von den Eltern sind es 18 Prozent. 68 Prozent der Eltern bezweifeln laut der Umfrage unter mehr als 1000 Personen ausdrücklich, dass Lehrer für den digitalen Unterricht hinreichend ausgebildet und geschult sind.



Mit den Schulschließungen in diesem Frühjahr haben die baden-württembergischen Väter und Mütter praktische Erfahrungen mit dem Homeschooling ihrer Kinder gemacht. Ein Problem war dabei offensichtlich die schlechte digitale Ausstattung der Schulen. Während die Eltern ihre eigenen Haushalte überwiegend gut mit Computern ausgestattet sehen, beobachten sie große Defizite bei den Schulen: 37 Prozent bewerten die Ausstattung der Schule der eigenen Kinder als eher schlecht, 21 Prozent als sehr schlecht.

Die stark ansteigenden Corona-Zahlen sorgen für große Unruhe im Land. Zwei Drittel der Eltern machen sich große oder sogar sehr große Sorgen, dass ihre Kinder kurzfristig nicht mehr zur Schule oder in die Betreuungseinrichtungen gehen können. Für die überwältigende Mehrheit der Eltern wie auch der gesamten Bevölkerung in Baden-Württemberg hat eine verlässliche Betreuung der Kinder eine außerordentlich große Bedeutung: 92 Prozent der Eltern ist es wichtig oder sehr wichtig, dass auch in Krisenzeiten ein verlässlicher Schulunterricht und eine verlässliche Betreuung von Kindern gewährleistet sind.

▶ **Leitartikel Seite 2**

Mindestlohn steigt auf 10,45 Euro

Arbeitsminister Hubertus Heil sieht noch deutlich Luft nach oben.

BERLIN. Der gesetzliche Mindestlohn wird in den kommenden beiden Jahren auf 10,45 Euro pro Stunde angehoben. Das hat das Bundeskabinett beschlossen. Die Lohnuntergrenze wird in vier Schritten steigen. Die erste Anhebung erfolgt zu Beginn des kommenden Jahres von derzeit 9,35 Euro auf 9,50 Euro. Zum 1. Juli 2021 steigt der Mindestlohn auf 9,60 Euro. Anfang 2022 wird er auf 9,82 Euro und für das zweite Halbjahr 2022 auf 10,45 Euro angehoben.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sagte, die von Mindestlohnkommission vorgeschlagene Anpassung orientiere sich an der Tarifentwicklung, berücksichtige aber auch die wirtschaftlichen Unsicherheiten der Corona-Pandemie. Die Lohnkostensteigerungen für die Unternehmen würden so verteilt, dass sie tragbar seien. Zugleich werde der Mindestschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert. „Ich sehe aber perspektivisch noch deutlich Luft nach oben“, fügte Heil hinzu. (epd)

Wirecard-Skandal: Söder und Scholz unter Druck

Untersuchungsausschuss will Milliardenbetrug durchleuchten.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTT GART/BERLIN. Der Untersuchungsausschuss des Bundestags zum Wirecard-Skandal nimmt an diesem Donnerstag seine reguläre Arbeit auf. Der FDP-Obmann Florian Toncar hat hohe Erwartungen an die Aufklärungsarbeit. „Ich gehe davon aus, dass der Ausschuss erhebliche Versäumnisse und Fehleinschätzungen bei der Finanzaufsicht und auch bei den Ermittlern in Bayern zutage fördern wird“, sagte der Böblinger Bundestagsabgeordnete unserer Zeitung.

Der Zahlungsdienstleister Wirecard musste Ende Juni Insolvenz anmelden, weil aufgrund jahrelanger Bilanzfälschungen und anderer Betrugereien durch ehemalige Führungskräfte Schulden von bis zu 3,2 Milliarden Euro aufgelaufen waren. 1,9 Milliarden Euro sollen angeblich auf Konten in Asien liegen, sind aber nicht auffindbar. Insolvenzverwalter Michael Jaffe stellte fest, dass die Konten in den letzten Monaten vor der Insolvenz „leer geräumt“ worden seien.

Im Untersuchungsausschuss geht es vornehmlich um politische Verantwortlichkeiten insbesondere bei der – wie heute bekannt ist – mangelhaften Kontrolle des Münchner Unternehmens. „Im Endeffekt haben es die Behörden im Bund und in Bayern Wirecard vermutlich sogar erleichtert, sich als armes Opfer ausländischer Spekulanten und Medien darzustellen, etwa indem die bayerischen Behörden gegen Journalisten ermittelt haben und nicht gegen Wirecard selbst“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion. Das sei für Wirecard „ausgesprochen nützlich“ gewesen.

„Das Ganze hat politisch eine weitreichende Bedeutung“, betont der Abgeordnete Toncar. „Sowohl dem SPD-Kanzlerkandidaten Scholz als auch CSU-Chef Söder dürfte es nach dem Untersuchungsausschuss sehr schwerfallen, sich den Bürgern weiter als erfahrene und professionelle Regierungsprofis darzustellen. Für beide steht daher in den nächsten Monaten eine Menge auf dem Spiel.“

Kommentar

Durststrecke

Die neuen Kontaktbeschränkungen haben ein Ziel: Weihnachten.

VON ANNIKA GRAH

Es ist wohl so, dass viele Menschen in Deutschland eher ungläubig auf die hohen Infektionszahlen blicken. Diejenigen, die sich seit März an die Regeln halten, ihre Kontakte reduzieren und ihr Leben an die neue Lage anpassen. Es sind auch diejenigen, die verstanden haben, dass wir alle es ein Stück weit in der Hand haben, wie sich die Pandemie in Deutschland entwickelt und wie stark die Wirtschaft am Ende unter neuen Zwangsmaßnahmen leidet – und es sind auch diejenigen, die sich kopfschüttelnd die Frage stellen: Wie konnte es so weit kommen?

Die Frage können am ehesten die beantworten, die es nicht so genau genommen haben mit dem Abstandhalten und Masketragen. Der Frage müssen sich aber auch Regierende stellen – etwa in Baden-Württemberg, wo das Warnsystem binnen weniger Wochen vom Infektionsgeschehen überholt wurde. Sie müssen sich an dem Versprechen messen lassen, dass Wirtschaft, Schulen und Kitas nur in letzter Instanz so gebeutelt werden wie im Frühjahr – vor allem die erneut betroffenen Wirte werden eine Antwort fordern.

Um durch den Winter zu kommen, braucht es offensichtlich vor allem eines: wirksame und nachvollziehbare Frühwarnsysteme, auf die sich alle verlassen können. Immer härtere Maßnahmen machen irgendwann auch jene müde, die die ganze Zeit über brav daran mitgearbeitet haben, die zweite Welle zu brechen. Vielleicht hilft es da, dass nach der sich nun abzeichnenden Durststrecke im November ein gemeinsames Ziel steht: Weihnachten im Kreise der Lieben – möglichst ohne Kontaktbeschränkungen und das vorherige Studium lokaler Corona-Verordnungen. Es wäre allen zu wünschen.

annika.grah@stuttgarter-nachrichten.de

Macron kündigt neuen Lockdown an

PARIS. Angesichts steigender Fallzahlen kehrt Frankreich zu einem Lockdown zurück. Präsident Emmanuel Macron kündigte am Mittwoch in einer Rede an die Nation neue Einschränkungen ab Freitag an, die bis Dezember gelten sollen. Allgemein müssen die Menschen zu Hause bleiben, außer um notwendige Einkäufe zu tätigen oder zum Arzt zu gehen. Wenn irgendwie möglich soll von zu Hause gearbeitet werden. Im Gegensatz zum Lockdown im März sollen dieses Mal die meisten Schulen offen bleiben.

„Das Virus breitet sich mit einer Geschwindigkeit aus, die nicht einmal die pessimistischsten Prognosen vorhergesagt haben“, sagte Macron. Frankreich werde wie die Nachbarländer „von der zweiten Welle überrannt“.



Kretschmann mahnt: Es kommt auf jeden Tag an

Der Ministerpräsident rechtfertigt die Beschlüsse mit der Kanzlerin.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTTGART. Eindringlich wie wohl nie zuvor hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am frühen Mittwochabend die Menschen im Land angesprochen: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, es ist mir sehr bewusst, dass wir Ihnen mit diesen Maßnahmen sehr viel abverlangen“, sagte er in einer gut 13-minütigen, im Netz gesendeten Stellungnahme zu den Beschränkungen des öffentlichen Lebens, mit denen Bund und Länder die zweite Corona-Welle brechen wollen.

Andernfalls drohe jedoch die Kontrolle über das Virus verloren zu gehen. Es breite sich so diffus aus, dass man bei 75 Prozent der Ansteckungen nicht mehr genau nachvollziehen könne, wo sie entstanden seien. „Das bedeutet, wir können nicht mehr genau sagen, was die Infektionstreiber sind.“ Daher dürfe man sich nicht mehr allein auf Hygienekonzepte stützen.

Direkt rief er dazu auf, die Einschränkungen zu befolgen: „Eine Wirkung werden die Maßnahmen nur entfalten, wenn Sie sich an die Beschränkungen halten“, appellierte Kretschmann. „Entscheidend ist, dass Sie alle mitmachen.“ Alle sollten nicht notwendige Kontakte schon jetzt und nicht erst vom kommenden Montag an vermeiden. „Es kommt auf jeden Tag an“, betonte er gleich zweimal, zeigte sich aber überzeugt: „Mit dieser nationalen Kraftanstrengung werden wir es schaffen, eine Gesundheitsnotlage in Deutschland zu verhindern.“ Dann könne man auch darauf hoffen, „dass wir mit unseren Familien Weihnachten feiern können.“

„Wirklich beeindruckend“ nannte Kretschmann die Solidarität der Bundesländer im Norden, die weit niedrigere Infektionszahlen hätten als die im Süden. „Alle haben an einem Strang gezogen, um einheitliche Regeln zu ermöglichen.“

An diesem Donnerstag will er in einer öffentlichen Sondersitzung des Landtagspräsidentiums zu den Beschlüssen Stellung nehmen. Die Beratung (Beginn 14 Uhr) soll per Livestream auf der Homepage des Parlaments übertragen werden.

Zuvor hatte SPD-Fraktionschef Andreas Stoch eine Sondersitzung des Landtags für diesen Freitag verlangt. „Solch weitreichende Entscheidungen gehören in die Parlamente, vor allem, wenn so stark in Grundrechte eingegriffen wird“, sagte er.

Massive Kritik an den Beschlüssen kam postwendend von den Liberalen: „Die Einschränkungen zeigen, dass die Regierungschefs aus dem bisherigen Verlauf der Krise nichts gelernt haben“, rügte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke. Ignoriert würden die Erkenntnisse, wo große Infektionen zu verzeichnen seien. „Die Einschränkungen treffen die Falschen.“

Im Hotel- und Gaststättengewerbe seien Hygiene-, Abstands- und Nachverfolgungsregeln eingeführt worden und könnten überwacht werden. „Hier wird immer eine Branche zum Sündenbock gemacht, weil dies so bequem ist.“ Gleiches gelte für Konzert- und Veranstaltungsbesuche. Die Ergebnisse der vor Kurzem eingeführten Einschränkungen würden nicht abgewartet, damit bestünde die Gefahr einer kompletten Fehlplanung, klagt der Liberale.

Als „unverständlich“ bezeichnet Rülke die Verbote im Amateursport. „Wer die Menschen in der körperlichen Bewegung einschränkt, nimmt nicht begründbare schädliche Konsequenzen in Kauf.“

Neuer Lockdown: Macron zieht die Notbremse

PARIS. Mit strikten Ausgangsbeschränkungen im ganzen Land verschärft Frankreich seinen Kampf gegen die zweite Welle der Corona-Pandemie. Die Beschränkungen sollen von Freitag an gelten, kündigte Staatschef Emmanuel Macron am Mittwochabend in einer Fernsehansprache an.

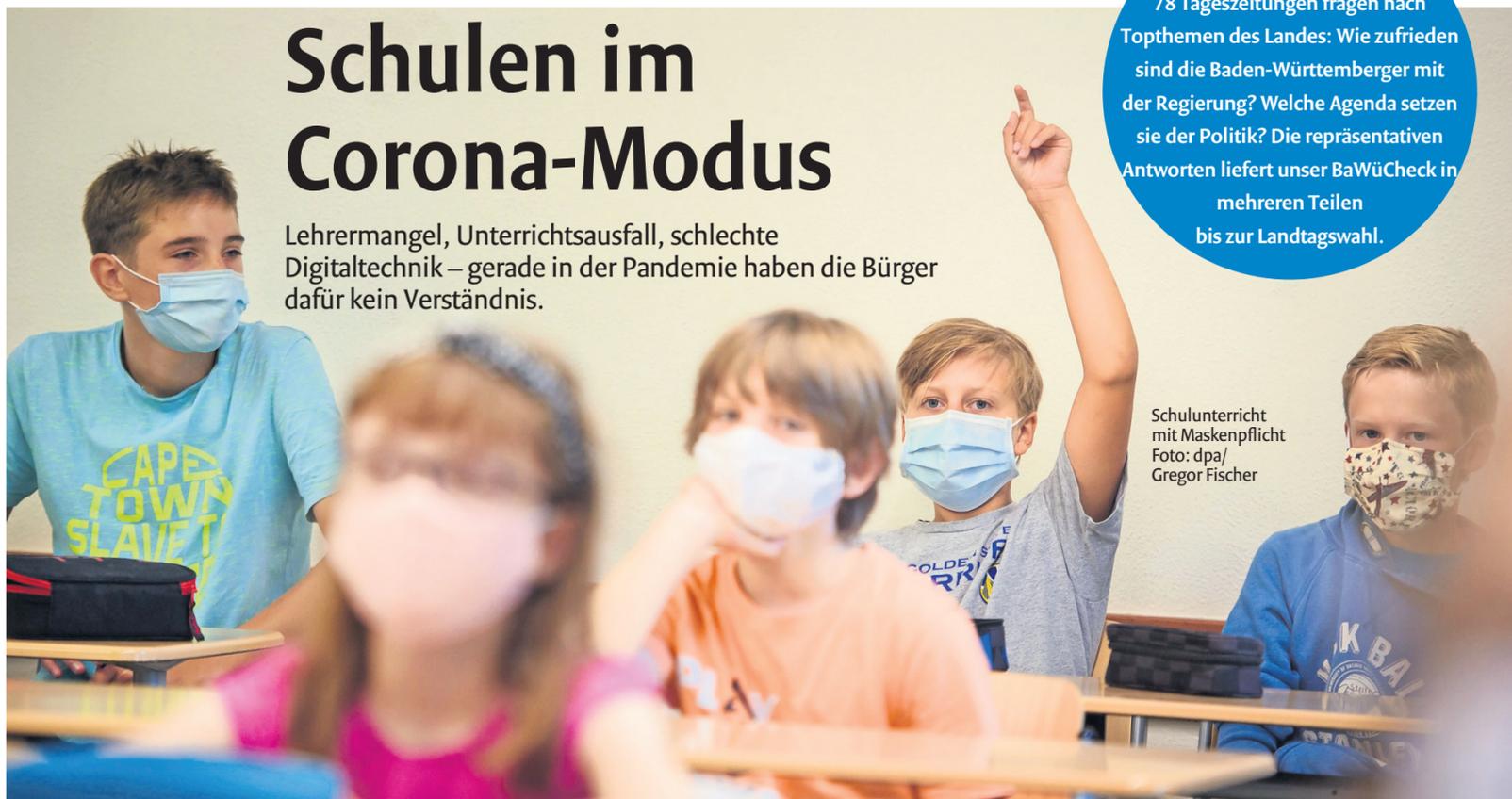
Der 42-Jährige machte deutlich, dass die Beschränkungen weniger streng sind als im Frühjahr, als das öffentliche Leben des Landes weitgehend lahmgelegt wurde. So sollen die Schulen geöffnet bleiben. Bars, Restaurants und „nicht unentbehrliche Geschäfte“ müssen jedoch schließen. Die im Frühjahr üblichen Ausgangsbescheinigungen für Bürger sollen wieder kommen. Auch Reisen in andere Regionen des Landes sind nicht ohne Weiteres möglich – für die Rückkehr aus den Ferien sollen am Wochenende Ausnahmen gelten.

Die Menschen sollen weiter arbeiten können, dabei hat die Heimarbeit Priorität. Die Maßnahmen sind zunächst bis zum 1. Dezember befristet. „Bleiben Sie so weit wie möglich zu Hause. Respektieren Sie die Regeln“, appellierte Macron an seine Landsleute.

Macron machte deutlich, dass die Lage dramatisch ist. „Wir werden von der Beschleunigung der Epidemie überrollt“, sagte er. Zuletzt wurden in Frankreich innerhalb von 24 Stunden über 36 400 Neuinfektionen gezählt. Macron kündigte für den Donnerstag eine Debatte und eine Abstimmung im Parlament zu den Maßnahmen an. (dpa)

Schulen im Corona-Modus

Lehrermangel, Unterrichtsausfall, schlechte Digitaltechnik – gerade in der Pandemie haben die Bürger dafür kein Verständnis.



Schulunterricht mit Maskenpflicht
Foto: dpa/
Gregor Fischer

VON BÄRBEL KRAUSS

STUTTGART. Die pandemiebedingte Schulschließung im Frühjahr war schon lange vorbei, als der frühere SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel – selbst ein ausgebildeter Lehrer – in einem „Zeit“-Interview die Hoffnung formuliert, dass die Wertschätzung für die Leistungen der Schulen im Alltag durch den Shutdown vielleicht sogar steigen könnte. Fasst man zusammen, was das Institut für Demoskopie Allensbach beim BaWü-Check zur Bildungspolitik jetzt von den Bürgern im Südwesten erfahren hat, erweist sich Gabriels Hoffnung als frommer Wunsch. Tatsächlich verschärft der Ausnahmezustand, in den Schüler, Lehrer und Eltern durch die Schulschließungen und den Wechsel zwischen Fern- und Präsenzunterricht geraten sind, den kritischen Blick auf lange bekannte und in der Pandemie besonders spürbare Defizite – und auf die Schulpolitik.

Wie fällt der Zeugnistag für die Politik aus?
Meinungsforscher sind Zahlenmenschen, ihr Stilmittel ist Nüchternheit. Dass ihre Zahlen ein kleines Wunder im Fluss demokratischer Entwicklungen abbilden, würde ihnen als Formulierung niemals aus der Feder fließen. Aber das Staunen darüber, dass die Pandemie den Regierenden ein Dauerhoch beschert, verhehlen die Meinungsforscher um IfD-Chefin Renate Köcher nicht. „Seit März findet der Kurs der Bundesregierung konstant eine Zustimmung, die in ihrem Ausmaß und in ihrer Konstanz völlig ungewöhnlich ist“, so ihre Analyse. Das ist umso bemerkenswerter, als fast ein Drittel der Bürger im Südwesten (32 Prozent) nach wie vor sehr besorgt ist, sich persönlich mit dem Virus anzustecken; lediglich ein Viertel der Befragten ist nur kaum oder gar nicht besorgt. Dennoch loben 70 Prozent das Krisenmanagement der schwarz-roten Bundesregierung als gut oder sehr gut. Auch die grün-schwarze Landesregierung in Stuttgart steht in der Wertschätzung der Bürger gut da: 60 Prozent attestieren ihr gute oder sehr gute Arbeit in der Corona-Krise.

Allerdings wird die Bilanz für die Mannschaft um Ministerpräsident Winfried Kretschmann empfindlich getrübt durch schlechte Noten in der Schulpolitik – dem zentralen Handlungsfeld der Landespolitik. Nur 34 Prozent der Befragten finden, dass in der Viruskrise schulpolitisch gute oder sehr gute Arbeit geleistet wurde. 57 Prozent bewerten die Schulpolitik negativ.

Welche Schulprobleme fallen in der Pandemie besonders ins Gewicht?

Dass die Schulen insgesamt gut mit der Corona-Problematik klarkommen, glauben nur zwanzig Prozent der Umfrageteilnehmer und 22 Prozent der befragten Eltern. Das Krisenmanagement kommt vor allem wegen der unbefriedigenden Personalversorgung schlechtes weg. Der Lehrermangel im Südwesten ist zwar lange bekannt, aber 45 Prozent der Eltern haben den Eindruck, dass er sich seit Beginn der Pandemie gravierend verschärft hat. Ein Drittel macht die Erfahrung, dass sich viele Lehrer aus Sorge vor Gesundheitsrisiken vom Unterricht haben befreien lassen. Das löst mehr Sorgen aus als unzureichende Hygienekonzepte.

Immerhin fast die Hälfte (47 Prozent) der Eltern bescheinigt der Schule ihrer Kinder, ausreichende Schutzkonzepte umgesetzt zu haben. 39 Prozent finden, es müsste mehr getan werden. Nur 18 Prozent der befragten Bürger und ein Viertel der Eltern finden beispielsweise, dass die Maskenpflicht an den Schulen ausreichend kontrolliert wird.

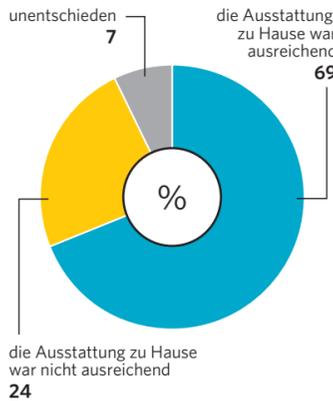
Was sagt der Blick über den Zaun?

Dass es wegen Corona vermehrt Probleme an den Schulen gab und gibt, trübt das Urteil über die Schulpolitik. Diese Beobachtung macht das IfD nicht nur in Baden-Württemberg. Die Meinungsforscher sehen es als bundesweites Phänomen. Strikt vergleichbare Untersuchungen gibt es aber nicht. Ob die 24-Punkte-Differenz in der Zufriedenheit mit der Landespolitik im Allgemeinen und der Schulpolitik im Speziellen eher normal oder ungewöhnlich ist, ist aus den vorliegenden Daten nicht zu beantworten.

Umfrage zur Lage in den Schulen

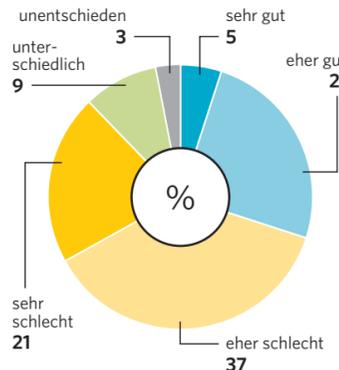
Die digitale Ausstattung ist eher das Problem der Schulen

„War Ihre eigene digitale Ausstattung für den Unterricht zu Hause ausreichend, oder war das nicht der Fall?“



Datenbasis: Eltern von Schulkindern in Baden-Württemberg

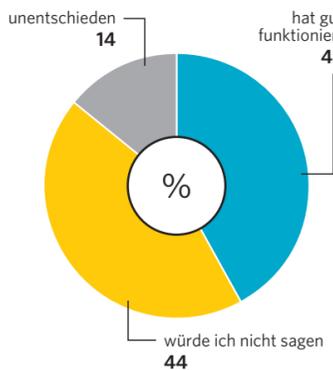
„Wie bewerten Sie die Ausstattung der Schule Ihres Kindes mit Computern und anderen digitalen Medien?“



65 Prozent der Eltern haben auch den Eindruck, dass sich die Ausstattung der Schulen in den letzten Monaten nicht verbessert hat.

Homeschooling mit gemischter Bilanz

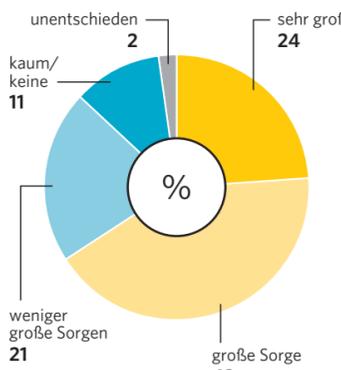
„Hat während der Hochphase der Corona-Krise der Schulunterricht Ihres Kindes bei Ihnen zu Hause alles in allem gut funktioniert?“



Datenbasis: Eltern von Schulkindern in Baden-Württemberg

Zweifel an der Verlässlichkeit

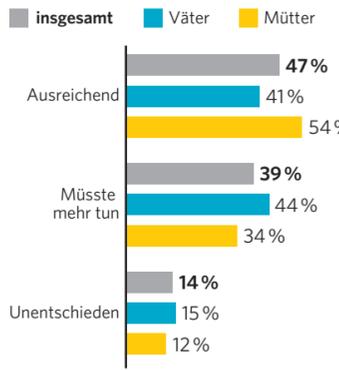
„Wie groß ist Ihre Sorge, dass Ihr Kind kurzfristig nicht mehr zur Schule oder in die Betreuungseinrichtung gehen kann?“



Datenbasis: Eltern mit Kindern in Schule/Betreuungsstätte

Bilanz der Schutzmaßnahmen

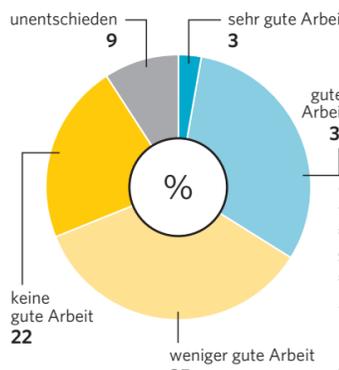
„Halten Sie die Vorsichtsmaßnahmen der Schule Ihres Kindes zum Schutz vor Corona alles in allem für ausreichend, oder müsste die Schule mehr tun?“



Datenbasis: Eltern von Schulkindern in Baden-Württemberg

Unzufriedenheit mit der Schulpolitik

„Wie bewerten Sie das Krisenmanagement des Landes an Schulen in der Coronakrise?“



Datenbasis: 1000 Befragte ab 18 Jahre in Baden-Württemberg

39 Prozent der Eltern und 30 Prozent der befragten Bürger.

Nach vier Jahren als Kultusministerin im Südwesten und elf Jahren als Schulbürgermeisterin in Stuttgart ist Eisenmann für die Mehrheit der Baden-Württemberger immer noch ein ganz oder ziemlich unbeschriebenes Blatt: Einem Drittel der Bürger ist die CDU-Frau mit dem Willen zur Macht noch völlig unbekannt. Weitere 28 Prozent der Befragten kennen sie so wenig, dass sie sich kein Urteil über sie zutrauen. 23 Prozent der Eltern kennen sie laut Umfrage noch nicht, 24 Prozent haben keine Meinung über sie.

BaWüCheck

78 Tageszeitungen fragen nach Topthemen des Landes: Wie zufrieden sind die Baden-Württemberger mit der Regierung? Welche Agenda setzen sie der Politik? Die repräsentativen Antworten liefert unser BaWüCheck in mehreren Teilen bis zur Landtagswahl.

Große Sorge vor erneuten Schulschließungen

Eltern setzen auch in Krisenzeiten auf eine verlässliche Betreuung.

VON BÄRBEL KRAUSS

STUTTGART. Seit Deutschland und der Südwesten dabei sind, sich zu einem flächendeckenden Corona-Hotspot zu entwickeln, wächst die Sorge, dass es wieder zu Schul- und Kitaschließungen kommen könnte. Im BaWü-Check machen die Eltern im Südwesten klar, dass sie das nicht wollen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat ausdrücklich gefragt, wie wichtig es den Bürgern ist, „dass auch in Krisenzeiten eine verlässliche Betreuung von Kindern in Schulen und Betreuungseinrichtungen gewährleistet wird“. Überwältigenden 92 Prozent der befragten Eltern ist das sehr wichtig (58 Prozent) oder wichtig (34 Prozent).

„Die Phase, in der die Schulen geschlossen waren, hat vielen Eltern noch einmal die Bedeutung eines funktionierenden Regelbetriebs vor Augen geführt“, schreiben die Demoskopie in ihrer Analyse. Die Erfahrungen mit Fernunterricht und Schulschließungen haben die Meinungsforscher explizit den Eltern unter den tausend Umfrageteilnehmern gestellt. Ihr Urteil ergibt ein gemischtes Bild. 42 Prozent der Eltern sind zwar überzeugt davon, dass der Fernunterricht bei ihnen zu Hause im Großen und Ganzen gut funktioniert hat. Aber ein etwas größerer Anteil von 44 Prozent hat bekannt, dass er nicht gut mit der Situation damals zurechtgekommen ist. 14 Prozent sind unentschieden.



Hausaufgaben zu Hause am Schreibtisch
Foto: dpa/Sebastian Gollnow

Bei dieser Frage konnten die Umfrageteilnehmer ihre eigenen Fähigkeiten im Umgang mit dem Homeschooling mit einfließen lassen. Weitere Fragen zielten dagegen allein auf den Beitrag der Schulen.

Dabei geben die Befragten den Lehrern und der technischen Infrastruktur schlechte Noten. Nur gut ein Viertel der Eltern (26 Prozent) bezeichnete die Unterstützung durch die Lehrer als ausreichend. 29 Prozent ließen die Pädagogen durchfallen und erklärten deren Leistungen in der Zeit des Fernunterrichts als „unzureichend“. Nur 18 Prozent der Eltern halten die Digitalkenntnisse der Lehrer für ausreichend. Die größte Gruppe der Befragten schert die Lehrer ihrer Kinder allerdings nicht über einen Kamm: 39 Prozent haben im Homeschooling unterschiedliche Erfahrungen gemacht.

Für ein wirtschaftsstarkes Land wie Baden-Württemberg ist es problematisch, dass die Bürger die eigene technische Ausstattung zu Hause besser bewerten als die Digitalinfrastruktur der Schulen. 69 Prozent der Eltern sehen ihre private Ausrüstung mit Computern und Internetzugang nicht als Problem beim Fernunterricht. Dagegen hält deutlich mehr als die Hälfte die Schule ihrer Kinder technisch nicht für satisfaktionsfähig: 21 Prozent schätzen die Digitalausstattung dort als sehr schlecht und weitere 37 Prozent als schlecht ein. Nur 30 Prozent der Eltern halten die Schule ihrer Kinder für gut ausgestattet. Das Fazit der Demoskopie: „Der oft beschworene Digitalisierungsschub durch Corona scheint die Schulen bisher nur begrenzt erreicht zu haben.“